

Pressekonferenz 11. Oktober 2022

Krisenmanagement - Reformen - Visionen

prodg.be
Die freie Bürgerliste

Krisenmanagement – Reformen – Visionen

Freddy Cremer: Fraktionsvorsitzender und Mitglied von Ausschuss I, II, IV

Politik braucht sowohl **effizientes Management** in der Krise als auch **langfristige politische Zielsetzungen**.

Man muss nun kein Finanzexperte sein, um zu wissen, dass die Arbeiten an der 2. Anpassung des Haushalts 2022 und die Vorbereitung des Ursprungshaushalts 2023 in diesem Jahr alles andere als eine leichte Übung sind.

Die **aktuelle Wirtschaftskrise**, geprägt durch eine **hohe Inflation, Kaufkraftverlust, explodierende Energiepreise und steigende Zinsen** stellt viele Privathaushalte, Unternehmen, Vereine und Organisationen, Schulen, Institutionen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich, aber auch viele Kommunen vor **existenzielle Schwierigkeiten**.

Genau wie in den vergangenen drei Krisen müssen auch in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise **alle politischen Ebenen – angefangen von der EU bis zu den Gemeinden** - alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den verheerenden Folgen der aktuellen Krise entgegenzuwirken.

Auch die DG-Regierung ist gefordert!

Und genau wie in den vergangenen Krisen, als die DG-Regierung insgesamt etwa 125 Millionen Euro mobilisierte, muss sie auch in der aktuellen Krise alle Hebel der Autonomie nutzen, um die Not zu lindern.

Auch wenn die CSP-Fraktion im PDG meint, es handele sich um Belanglosigkeiten, rufe ich die **wichtigsten Maßnahmen** kurz noch einmal in Erinnerung

- Die **Zuschüsse des nicht-kommerziellen Sektors** werden in diesem Jahr durchschnittlich um insgesamt **6,25 Prozent** erhöht.
- Für die **Wohn- und Pflegezentren für Senioren und die häusliche Hilfe** werden die Zuschüsse ab diesem Jahr um circa **9,25 Prozent** erhöht.
- Die **Actif und ActifPlus Zuschüsse werden indexiert**.
- Nach der bereits erfolgten Erhöhung der Gehälter der Pflegehelfer schlägt die Regierung die **Erhöhung der Gehälter** der Krankenpfleger-Funktionen, der Paramediziner und weiterer Gesundheits- und Sozialberufe vor, die in den WPZS, dem psychiatrischen Pflegewohnheim und dem Palliativverband tätig sind.
- Zur **Entlastung des Personals in den WPZS** werden ab November 2022 **Alltagsbegleiter** in diesen Institutionen tätig sein und die Regierung schlägt die Schaffung **neuer Personalnormen** in den WPZS vor.
- Die **Funktionszuschüsse in allen Schulnetzen** werden in diesem Jahr um 7,8

- Prozent und im Jahr 2023 um weitere 3,4 Prozent erhöht.
- Zur Unterstützung der Gemeinden wird ab dem kommenden Jahr die **Gemeindedotation rekurrent um 20 Prozent erhöht**, das entspricht rund 5 Mio. Euro jährlich.
 - Die **Straßenbaudotation wird ab 2023 um 33 Prozent auf dann 3 Mio. Euro erhöht** und die inflationsbedingten Mehrkosten für Infrastrukturmaßnahmen der Gemeinden werden bezuschusst.

Dies sind **wichtige Hilfsmaßnahmen**. Aber uns ist durchaus bewusst, dass **weitere Maßnahmen folgen müssen!**

Das alles kommentiert die CSP mit einem lakonischen **'Viel Lärm um nichts'**.

Diese Haltung der größten Oppositionspartei bezeichne ich als **'politischen Zynismus'** oder als **'postfaktischen Populismus'**. Diese Aussage scheint mir ein Indiz für fehlenden Realitätssinn bei der CSP zu sein.

In der Krise ist effizientes Krisenmanagement gefordert; aber zu keinem Zeitpunkt haben weder die Regierung noch die Mehrheit **die mittel- und langfristigen politischen Ziele**, die man sich zu Beginn der Legislatur gesetzt hatte, aus dem Blick verloren!

Die Regierung hält fest am **720 Millionen Euro schweren Zehnjahres-Investitionspaket** in zukunftsichtige Infrastrukturen zur Sicherung, Stärkung und Weiterentwicklung des Standortes Ostbelgien (Glasfaserinfrastruktur, Klimaschutzmaßnahmen, Wohn- und Pflegezentren für Senioren, Schulbauprogramm, Ausbau der Kinderkrippen, Sanierung des Wohnungsbestandes und Bau von 100 neuen Wohnungen, Ausbau der Industriezonen.

Die Regierung hält auch an den **großen Klimazielen** fest!

Gleichzeitig wird in einem breiten Partizipationsprozess an der **Fortsetzung der regionalen Entwicklungsstrategie mit dem Zielhorizont 2040** gearbeitet.

Noch nie ist Politik in der DG so strategisch, so weitsichtig, so visionär, so nachhaltig und vor allem auch so partizipativ gestaltet worden, wie seit der Entwicklung eines langfristigen regionalen Entwicklungskonzept.

Wenn die Oppositionsparteien der Regierung und der Mehrheit mangelnde politische Weitsicht vorwerfen, kann das nur an der **Myopie der Oppositionsparteien** liegen, die diesen Prozess noch nicht wahrgenommen haben.

Da ich mir das aber kaum vorstellen kann, sind solche Äußerungen wohl eher als **Stereotype der Oppositionsrhetorik** zu verstehen.

Diese Kritik verstehe ich umso weniger, wenn ich meinerseits feststelle, dass es, abgesehen von punktuellen Vorschlägen, bei **keiner Oppositionspartei auch nur kleinste Anzeichen für einen glaubwürdigen politischen Gegenentwurf** oder

etwa vage Konturen eines alternativen politischen Gesamtkonzepts gibt.

Wenn die Vivant-Fraktion dann auch noch meint, dass das ProDG-PFF-SP-Modell gescheitert sei, ist das **bestenfalls Wunschdenken der Opposition**. Man hofft vielleicht, dass die Mehrheit durch die sich wiederholenden Krisen aus 'der Kurve getragen' wird.

Ich kann der Opposition versichern, dass sich die Mehrheit trotz aufeinanderfolgender internationaler Krisen, nicht vom Kurs abbringen lässt!

Dieses Handeln zeichnet sich aus...

- durch **effizientes Krisenmanagement** im Kontext von vier internationalen Krisen,
- durch ein **ambitioniertes Reformprogramm** für die kommenden zwei Sitzungsperioden,
- durch das Festhalten an einer **gezielten Klimaschutzpolitik**,
- durch die **Ausarbeitung weiterer strategischer Ziele** in der Regionalentwicklung, im Wohnungsbau und in der Raumordnung.

Und dass die Regierung trotz schwieriger makroökonomischer Rahmenbedingungen und trotz bedeutender krisenbedingter Mehrausgaben an der **2020 neu festgelegten finanzpolitischen Gesamtstrategie** festhält, begrüße ich ausdrücklich.

Krisenmanagement – Reformen – Visionen: das sind die drei Säulen der Regierungsarbeit und der Mehrheit. Und dazu leistet die ProDG-Fraktion als stärkster Partner in der Mehrheit ihren Beitrag!

Wohlfühlfaktor – Gesundheit und Altersvorsorge – Standortsicherung

José Grommes: Vorsitzender von Ausschuss II, Mitglied von Ausschuss IV

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist eine Region, in der man sich wohlfühlt. Das bestätigen uns die Umfragen.

Wie wichtig dieser „**Wohlfühlfaktor**“ ist, wurde schon mehrmals in zahlreichen Studien und Gesprächen mit hiesigen führenden Managern verdeutlicht.

Ein gutes **schulisches Angebot und gute Ausbildungsmöglichkeiten, breitgefächerte kulturelle Angebote** und vieles mehr sind für Wirtschaft und Arbeitsmarkt sehr wichtige Faktoren. Diese „weichen Standortfaktoren“ sind Teil der Standortsicherung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die DG-Regierung setzt durch ihre weitsichtige Politik und große finanzielle Anstrengungen alles daran, dass diese „weichen Standortfaktoren“ weiterhin bestehen bleiben.

Neben dem Wohlfühlfaktor spielen ebenfalls die **Faktoren Gesundheit und Altersversorgung eine wesentliche Rolle bei der Standortsicherung.**

ProDG wird weiterhin alle uns zur Verfügung stehenden Mittel in die Hand nehmen die **beiden Krankenhausstandorte Eupen und Sankt Vith zu verteidigen.**

Thema **WPZS**: der Fachkräftemangel ist nun einmal Realität und wer den Menschen weiß machen möchte, die Regierung hätte dieses Problem verkannt und es verpasst Lösungen zu kreieren, ist einfach nicht redlich.

Wir können nun mal kein Pflegepersonal backen! Aber wir können mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Rahmenbedingungen für dieses Personal so attraktiv wie eben möglich gestalten.

Wir müssen das Image der Pflegeberufe verbessern!

Menschen zu pflegen ist eine noble Aufgabe. Krankenpfleger und Pflegehelfer üben einen wertvollen und auch sehr interessanten Beruf aus.

Bildungsgerechtigkeit – Fachkräftemangel bekämpfen – Standort stärken

Liesa Scholzen: Vorsitzende von Ausschuss III, Mitglied von Ausschuss I und IV

Kathy Elsen: Mitglied von Ausschuss III

Unsere Bildungspolitik basiert auf kurz-, mittel- und langfristigen Zielsetzungen:

- Bildungsgerechtigkeit
- Fachkräftemangel bekämpfen
- Standort stärken

Die DG hat europaweit mit die höchste Bildungsgerechtigkeit! Das wird uns schon seit Jahren durch die OECD bestätigt und das bleibt weiterhin unsere Priorität!

Initiativen wie die **Förderung erstankommender Schüler, Nachteilsausgleich und Notenschutz oder die Anlehre in der dualen Ausbildung sind dafür die besten Beweise.**

Aber auch neue Projekte wie **die Reform der Förderpädagogik oder das Hausaufgabendekret** gehen in diese Richtung.

Ein wichtiger Schritt für die Bildungsgerechtigkeit ist **die Ausstattung aller Schüler im Sekundarschulwesen mit einem Laptop.**

Für den Standort ist Bildungsgerechtigkeit ein wichtiger Faktor. Neben guten Ausbildungsmöglichkeiten müssen wir es aber auch schaffen, die Menschen hier in Ostbelgien zu halten. **Das Stipendiensystem ist dafür das geeignete Mittel!**

Die **technisch-berufliche Ausbildung** wurde in den letzten Jahren aufgewertet. So wurden beispielsweise **die Lehrlingsentschädigungen** erhöht. Leider fehlt diesem Ausbildungsweg oft noch die entsprechende Anerkennung.

Hinzu kommen neuerdings auch die Möglichkeiten der **Anlehre und der Teilqualifizierung**, um den Einstieg in eine Ausbildung zu erleichtern oder Kompetenzen aufgrund von praktischer Erfahrung anerkennen zu lassen.

Wichtiger Baustein für die Standortsicherung sind die „weichen Standortfaktoren“. Dazu gehört insbesondere auch die **Kleinkindbetreuung.**

Auch durch die **Kostenlosigkeit verschiedener Angebote wie Kinderbetreuung für Familien unter dem medianen Einkommen, in der Hausaufgabenbetreuung oder durch das Stipendiensystem für die Ausbildung in Mangelberufen**, investiert die DG in die Bildungsgerechtigkeit!

Raumordnung – Wohnungsbau - Energiepolitik

Raymond Heiners: Mitglied von Ausschuss I

Seit Januar 2020 tragen wir in der DG die Verantwortung für die **Bereiche Raumordnung, Wohnungsbau und Teile der Energiepolitik**.

Zwischen diesen **drei Kompetenzbereichen** bestehen **vielfältige Verzahnungen, von denen eine große Hebelwirkung** ausgehen kann!

Wir haben diese Übertragung auch als Chance zur Stärkung unserer Autonomie genutzt, um **unsere Bürger und betroffenen Vereinigungen mit einzubeziehen**.

Daher haben wir auch zusätzlich zu den Vereinigungen **die Empfehlungen des Bürgerdialogs “Wohnraum für Alle”** und den **Bericht der “Arbeitsgruppe Wohnungswesen und Energie”** miteinbezogen.

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie **Politik gemeinsam mit dem Bürger** nachhaltig und visionär in der DG gestaltet wird.

Die Übertragung der Zuständigkeiten ist **kein Abschluss**, sondern erst **der Anfang** eines gestalterischen Prozesses!

Solche wichtigen Zuständigkeiten tragen dazu bei, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre eigene Identität und ihren Platz zu Recht in Belgien gefunden hat.